



Hauptausgabe

Berner Zeitung AG
3001 Bern
031/ 330 33 33
www.bernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 43'723

Themen-Nr.: 343.008
Abo-Nr.: 1093638
Seite: 7
Fläche: 23'511 mm²

«Der Zeitplan war zu knapp berechnet»

PRÉLES Platzangebot, Sicherheitszäune und ein zu straffer Zeitplan: Das sind die Gründe für die Verzögerung beim Ausschaffungsgefängnis in Préles. Einen neuen Eröffnungstermin gibt es noch nicht.

Die Eröffnung des geplanten Ausschaffungsgefängnisses im ehemaligen Jugendheim in Préles verzögert sich auf unbestimmte Zeit. Während das Amt für Justizvollzug am letzten Freitag lediglich die Verzögerung bestätigte, präzisierte es nun auf Anfrage, dass es keinen neuen Termin für die Eröffnung gebe. Ebenfalls unklar sind die damit verbundenen Mehrkosten. «Zurzeit können keine verbindlichen Angaben gemacht werden», sagt Romilda Stämpfli vom Amt für Justizvollzug. 2017 soll dem Grossen Rat das neu ausgearbeitete Konzept vorgelegt werden.

Zwei Monate für Umnutzung

Ursprünglich sollte die Anstalt im Januar 2017 in Betrieb gehen (wir berichteten). Die Regierung wollte so auf eine möglichst schnelle Anschlusslösung für das per Ende Oktober geschlossene Jugendheim realisieren. Ziel sei es gewesen, ehemalige Mitarbeiter im Ausschaffungsgefängnis weiterzubeschäftigen, sagt Stämpfli. Aufgrund der Verzögerung sei dies nun nicht möglich.

«Wir haben den Zeitplan zu knapp berechnet.» Sie betont aber, dass für alle ehemaligen Mitarbeiter des Jugendheims eine Anschlusslösung gefunden wurde.

Ein Grund für die Verspätung im Zeitplan seien unter anderem bauliche Anpassungen im Sicherheitsbereich. Namentlich müssten Sicherheitszäune gebaut werden, um die Anforderungen des Bundesamts für Justiz zu erfüllen.

Zudem verzögere sich das Projekt aufgrund von weitergehenden Abklärungen über die benötigte Anzahl von Haftplätzen. Die Zahlen der letzten fünf Jahre hätten gezeigt, dass der Kanton Bern mehr als die bis anhin geplanten 50 Plätze benötige. Das Amt für Justizvollzug geht neu von einem Bedarf von rund 65 Plätzen aus.

Noch unklar ist, wie viele Plätze dereinst für das Strafvollzugskonkordat Nordwest- und Inner-schweiz zur Verfügung stehen könnten. Dies sei nun Teil der weiteren Planungsarbeit, sagt Stämpfli. «Damit der Betrieb einer Ausschaffungshaftanstalt betriebswirtschaftlich geführt werden kann, bedarf es einer überkantonalen Zusammenarbeit.»

Entscheidung im November

Ob die Zusammenarbeit zustande kommt, ist noch unklar. Das Strafvollzugskonkordat wird sich an seiner Herbstkonferenz von Ende November mit dem Thema auseinandersetzen. «Die Kantone werden dann entscheiden, ob sie die Ausschaffungshaft in Zukunft gemeinsam organisieren wollen», sagt

Konkordatssekretär Benjamin Brägger. Sollten sich die Mitglieder dafür aussprechen, böten sich drei Standorte an: Stans, Basel und Préles. «In der Regel sind die Angebote aus den Kantonen immer sehr willkommen.» Sollte sich das Konkordat für einen gemeinsamen Vollzug der Ausschaffungshaft entscheiden, wäre das keine Zusage für eine bestimmte Anzahl von Haftplätzen. Aber ein politisches Signal für die Kantone Nidwalden und Bern, ihre angebotenen Haftplätze zu realisieren das Ausschaffungsgefängnis in Basel ist bereits in Betrieb. *js*